

Lage gebracht. Für allen praktischen Nutzen ist eine Höhe von 80 Metern für die realen Motive der BJP völlig ausreichend. Auch wenn das Wasser der Narmada nicht Kutch und Saurashtra erreichen wird, wird es definitiv bis nach Ahmedabad kommen, wo all die Zucker- und Chemieunternehmen angesiedelt werden sollen.

Zu einem Großteil ist die Erwartung an den Narmada-Damm, daß er die Bharuch-Baroda-Kheda-Region beliefert, bekannt als der "Goldene Korridor". Gleichzeitig werden Geld und Infrastruktur bereitgestellt mit dem Ziel der vollständigen Industrialisierung dieser

Region. Schon jetzt sind elf Zuckerfabriken im Bau und die Lizenzen für dreizehn weitere wurden bereits erteilt. Sanat Mehta, der ehemalige Präsident der SSNNL, ist der Gründer von zweien dieser Unternehmen.

Die plötzliche Zurückhaltung der BJP gegenüber dem Narmada-Projekt hat seine Wurzeln in dem Täuschungsmanöver, das Projekt sei das Rückgrat für das industrialisierte Gujarat. Ihre neue Wirtschaftspolitik kreist um den angeblichen Erfolg des Narmada-Damms und 460 Milliarden Rupien an Investitionen wurden bereits im voraus in Aussicht gestellt. Neuere Angaben der projektierten

Investitionen für insgesamt 88 Projekte addieren sich zu überwältigenden 531 Milliarden Rupien. Unternehmen wie Reliance, Essar, die Arvind Group und die Birlas sehen zu, daß sie ihre Anteile in diesem Bundesstaat erweitern, der vorhat, am Ende des Jahrhunderts der am stärksten industrialisierte Staat des Landes zu sein. Sich plötzlich von Narmada zurückziehen und Kalpasar als Alternative anzubieten, wäre Selbstmord für die BJP-Regierung.

(Der Beitrag erschien im Nachrichtenmagazin 'Sunday', Calcutta, Übersetzung: Bruni Weißen)

Die "ausländischen Teufel"

von Jürgen Neitzel

Die Feierlichkeiten endeten mit einem großen Knall in Guhagar, einem kleinen, malerisch gelegenen Dorf im indischen Unionsstaat Maharashtra. Überall verstreut lagen abgebrannte Feuerwerkskörper. Zur Feier des Tages zogen mehrere Prozessionen vom Dorf in die nähere Umgebung, auf dem Weg verteilten die Teilnehmer Süßigkeiten. "Sie boten uns Geld und wollten dafür unser Land. Wir wollen Ihr schmutziges Geld nicht. Wir wollen die von Ihnen versprochene Entwicklung nicht. Wir waren bereit zu sterben oder ins Gefängnis zu gehen. Dies ist jetzt nicht mehr nötig, denn der Feind ist besiegt", erklärte Mastaan, einer der Dorfältesten. Der Feind ist die amerikanische 'Enron Corporation', die in der Nähe von Bombay ein Kraftwerk errichten wollte. Der Vertrag zwischen 'Enron' und der indischen Regierung wurde vor drei Jahren abgeschlossen, mit dem Bau in der Zwischenzeit bereits begonnen. Doch darum scherte sich die neu gewählte hindu-nationalistische Regierung in Maharashtra wenig. Sie hielt ihr Wahlversprechen und annullierte kurzerhand die Baugenehmigung für das 2.015 Megawatt Kraftwerksprojekt. "Das Projekt ist gegen die Interessen des Staates", lautete die lapidare Begründung des Landeschefs Manohar Joshi. Enron ist jedoch nur die Spitze eines Eisberges.

Wer ist gegen ausländische Unternehmen und warum?

Die Kampagne gegen die "ausländischen Multis" kann sich auf eine breite gesellschaftspolitische Basis stützen. Dabei werden bisherige politische Konstellationen über den Haufen geworfen. So macht die indische Linke gemeinsame Sache mit den Hindu-Nationalisten. Einhellig begrüßten Politiker beider Lager die Entscheidung der 'Bharatiya Janata Party'/'Shiv Sena' Regierung, das Kraftwerksprojekt zu stoppen. "Wer auch immer im nationalen Interesse handelt, wird von uns unterstützt", erklärte der NF-Abgeordnete Digvijay Singh. Der Hauptvorwurf der indischen Linken ist: Die Einladung ausländischer Unternehmen führe zum "Ausverkauf heimischer Ressourcen" und letztlich zum "Verlust der nationalen Souveränität". Als wirtschaftspoliti-

sche Alternative zur Globalisierungsstrategie der 'Congress'-Partei präsentieren die Hindu-Nationalisten ihr "Swadeshi-Konzept". "Swadeshi heißt nicht, daß wir uns vom Rest der Welt isolieren. Aber wir müssen uns auf unsere eigenen Ressourcen verlassen, um die Grundlagen für zukünftigen Wohlstand zu schaffen", erklärt Atal Behari Vajpayee, führender Politiker der BJP. "Ausländische Investitionen führen nicht zur ökonomischen Stärkung Indiens. Sie schaffen keine Beschäftigung und steigern nur unsere Auslandsverschuldung. Außerdem untergraben sie unsere traditionellen Werte. Auslandsinvestitionen sind nur im High-Tech- und Infrastrukturbereich willkommen, im Konsumgütersektor brauchen wir sie nicht", ergänzt S. Gurumurthy, Ideologe der hindu-fundamentalistischen RSS. Die BJP schuf dafür auch die griffige Formel: "Computer Chips ja, Kartoffel Chips nein". Unter der Landbevölkerung schüren die Hindu-Nationalisten bewußt uralte Ängste vor den Multis. Wenn die ausländischen Konzerne erst einmal Fuß fassen, so die Botschaft, drohen zuerst Arbeitsplatz- und Landverluste. Am Ende drohe eine neue Kolonialisierung Indiens. Angeblich hat die 'Swadeshi Jagran Manch' (SJM), ein Ableger der RSS, bereits in 185.000 Dörfern Aktivisten für ihren Kampf gegen die "ausländischen Teufel" rekrutiert.

Andere gesellschaftliche Gruppierungen unterstützen das Konzept der Hindu-Nationalisten aus Eigeninteresse, wie ein Teil der Unternehmerschaft. Die Abschottung der indischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland garantierte vielen indischen Unternehmen wettbewerbsgeschützte Märkte und damit hohe Profite. Dies hat sich schon geändert. Der kalte Wind des Wettbewerbs bläst den 'Modis', 'Birlas' und 'Tatas' nun ins Gesicht. Die Angst vor wirtschaftlichen Einbußen führte zur Bildung von verschiedenen Lobbys zur Bewahrung alter Besitzstände: so die Produzenten von Farbfernsehgeräten, die sich gegen den Markteintritt von 'Sony' wehren.

Droht eine neue "wirtschaftliche Kolonialisierung"?

Bei genauerem Hinsehen erweisen sich die meisten Vorwürfe gegen ausländische Unternehmen als reine



Gefragt ist die "einheimische" Cola (Foto: Walter Keller)

Propaganda. Von einem Ausverkauf der heimischen Industrie kann keine Rede sein. Der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen am gesamten Investitionsvolumen beträgt gerade mal 1,2 Prozent, in China liegt er bei 7,5 Prozent. Nur 12-13 Prozent aller Auslandsinvestitionen werden automatisch genehmigt. Im Regelfall benötigen die meisten Auslandsprojekte immer noch 30! Genehmigungen auf Bundes- und Staatenebene, so das Ergebnis einer Studie des indischen Volkswirtschaftlers Bhattacharya. Einer Studie des indischen Unternehmensverbandes CII zufolge steigerten ausländische Unternehmen die Beschäftigung jährlich um 13,1 Prozent. Dank Kapital und Exporte ausländischer Unternehmen hat Indien heute eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und Währungsreserven in Höhe von 20 Mrd. US\$ (1991: 1 Mrd. US\$). Außerdem bringen Auslandsinvestoren dringend benötigtes Kapital und für die Modernisierung der Industrie wichtige Technologie ins Land. Indien braucht ausländische Unternehmen und ausländische Unternehmen brauchen Indien.

Politische und wirtschaftliche Auswirkungen

Politisch nützt die neue Fremdenfeindlichkeit vor allem den Hindu-Nationalisten. Nach der Zerstörung der Moschee in Ayodhya galt die BJP als extremistische Partei. Mit diesem Image lassen sich in Indien aber keine nationalen Wahlen gewinnen. Deshalb änderte die Partei ihre Strategie und betonte ihren nationalistischen Charakter. In der Wirtschaftspolitik vertritt die BJP heute die politische Mitte. Damit ist sie auch für diejenigen 'Congress'-Wähler attraktiv, die aus-

ländischen Firmen nicht trauen und an "Swadeshi" glauben.

Anfang August startete die RSS ihre Kampagne. Nach dem US-Multi 'Enron' soll es nun allen ausländischen Unternehmen an den Kragen gehen. Das Datum besitzt für Indien eine tiefe symbolische Bedeutung. Auf den Tag genau vor 43 Jahren wollte Mahatma Gandhi mit seiner Quit-India Bewegung die Kolonialisierung Indiens beenden. Des einen Freud ist des anderen Leid. Die regierende 'Congress'-Partei gerät zunehmend in die Defensive. Das "Swadeshi"-Konzept des politischen Gegners läßt sich kaum kritisieren, will man nicht das eigene "nationalistische Image" riskieren. Leidtragender ist der wirtschaftliche Reformprozeß, der vorerst zum Stillstand gekommen ist. Zum erstenmal seit 1991 hat die Regierung Anträge ausländischer Unternehmen, eine 100prozentige Tochter in Indien zu eröffnen, abgelehnt. Zu den betroffenen Firmen gehören 'Wrigley', 'Reebok' und 'Singapore Airlines'. Bei der Liberalisierung des Telekommunikationssektors machte die Regierung einen Rückzieher. Für 1995 erwartet das Finanzministerium einen Rückgang der gesamten Auslandsinvestitionen von 3,5 Mrd. US\$ 1994 auf 1,5 Mrd. US\$. "Die Flitterwochen sind vorbei. Die Anti-Ausländer Stimmung im Land und die Streichung des 'Enron'-Projektes haben unter ausländischen Investoren eine große Unsicherheit erzeugt. Ein großes Investitionspotential bieten auch andere asiatische Staaten, wie Indonesien, China und Vietnam", erklärt Lam Peck Heng, Regierungschef von Singapur. Sanjyot Dunung, Präsident einer New Yorker Beratungsfirma ergänzt: "Der Enron-Fall zeigt: Eine Schwalbe macht noch lang keinen Sommer".